

Helmut Schorr

Intellektualität und Politik

Ein Spannungsverhältnis im gesellschaftlichen Wandel

Es ist heute allgemein üblich, auf die Meinungsbildung des breiten Publikums dadurch einzuwirken, daß politische Sachverhalte, und zwar auch solche von hoher Kompliziertheit, verhältnismäßig bald personalisiert, die tragende Person und übereinstimmende interpersonale Beziehungssysteme mit den entsprechenden Zielvorstellungen verbunden und in der Regel apodiktisch dargeboten werden. Typisch für solche Prozesse ist ihre viel zu geringe Offenheit und damit ihr Mangel an hoffentlich vorhandenen zugängigen Analysen und an erkennbaren Wertungen, die das politische Handeln motivieren.

Intellektualität kann zur Politik nur dann ein gespanntes Verhältnis entwickeln, wenn sie öffentlich wirksam wird und sich auf dem gleichen Wirkungsfeld entwickelt wie die Politik. Vorzeitige Personalisierung im Sinn psychologischer Typologie oder mit fragwürdigem Gruppenbezug birgt in sich den kurzen Atem der Provokation. So reicht das Darstellungsspektrum des „Intellektuellen“ vom Schimpfwort des „Wurzellosen“ über Schelskys Behauptung von der angemäßigsten Priesterherrschaft¹ und die zweckrationale Standortfixierung „Der Geist steht links“ bis zur Definition im Großen Brockhaus von 1954: „ein Mensch, der seinem Verstande nicht gewachsen ist, Verstandesmensch“.

Deshalb ist es nicht verwunderlich, daß Dietz Bering eine recht umfangreiche und zugleich vorzügliche sprachwissenschaftliche Arbeit zur Geschichte eines Schimpfwortes veröffentlichen konnte, das „Die Intellektuellen“ hieß². Gab es Intellektualität unter wesentlich anderen gesellschaftlichen Bedingungen auch schon bei Sokrates und den Sophisten, bei Walther von der Vogelweide und als Gedankengebäude bei Kant in seinem Essay „Vom Unterschied des Sensiblen und Intelligiblen überhaupt“³, so stammt die Bezeichnung „Intellektueller“ doch aus dem hitzig zerstrittenen, durch die Dreyfus-Affäre in zwei Lager aufgespaltenen Frankreich des Jahres 1898. Für die Gegner der Intellektuellen und damit der Dreyfusianer war diese Bezeichnung identisch mit dem Urteil „abstrakt-instinktilos“, „antinational“, „jüdisch“, „dekadent“ und „inkompetent im Hinblick auf die diskutierte Sache“, während die Intellektuellen sich stolz als solche bezeichneten und damit als „Mensch von Gewissen“, die „etwas vom Absoluten“ haben, den „Glauben an ein menschliches Ideal“, die sich „dem Geist und dem Ganzen verpflichtet wissen“ sowie „der Wissenschaft“ und schließlich sich im Hinblick auf

ihre Zukunftsorientierung als „jugendlich“ empfinden⁴. In Deutschland hat sich nach den Untersuchungen von Bering der Begriff „Intellektueller“ durch den Dresdener Parteitag der SPD im Jahre 1903 eingebürgert, der seine große Öffentlichkeitswirkung der heißen Debatte um den „Revisionismus“ und die Rolle der Akademiker bei der Beförderung dieses Gedankens einer reformistisch-evolutionären Entwicklung der Partei verdankte. In der Grundsatzrede August Bebels findet sich die Aufforderung: „... seht Euch jeden Parteigenossen an, aber wenn es ein Akademiker ist oder ein Intellektueller, dann seht ihn Euch doppelt und dreifach an (Stürmischer Beifall).“⁵

Es lohnt nicht, diesen Grabenkrieg um die Bewertung unbequemer intellektueller Kritiker bis in die Weimarer Zeit hinein und schließlich bis zu den radikalisierten Reprisen der nationalsozialistischen Ära zu verfolgen. Klar werden sollte schließlich nur, daß der typologisch personalisierte Weg zur Bewertung des Intellektuellen in der heutigen Gesellschaft in der Regel nur dazu führt, alte Furchen nicht ganz so tief und so schmerzhaft, aber doch zum wiederholten Mal zu ziehen.

Intellektualität als Begriff

Hier ist zunächst einmal die morphologische Fragestellung vom Verhältnis der Teile zu ihrem jeweiligen Ganzen wichtig. Die Tendenz der modernen Sozialwissenschaften zur immer spezialisierteren einzelwissenschaftlichen Untersuchung ist ein Teilproblem der gesamtwissenschaftlichen Entwicklung. Sie vollziehen nur nach, was sich im technisch-ökonomischen Bereich als jeweilige Teilstruktur als Ergebnis von Forschung und Entwicklung ergibt und zur Vermarktung ihrer Teilergebnisse eine jeweils eigene, separierte Logik deduziert. Als repräsentatives Beispiel sei hier die Entwicklung der Computertechnik und der Miniaturisierung der Mikroprozessoren und ihre Marktperspektive bis zum Jahr 2000 erwähnt und der von diesem Teilsystem angestrebte totale Informationszusammenschluß mit Ausnahme von Code-Barrieren, aber vor allem mit geradezu unheimlich verringerten Zeitlimits. Niemand bestreitet grundsätzlich die Notwendigkeit umfassenderer und schnellerer Informationen in vielen Bereichen von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik. Die Marktstrategie eines der wichtigsten Tätigkeitsfelder der Technik verkündet aber *expressis verbis* Endziele, die den spezifischen realen Bedarf und die recht unterschiedlichen individuellen Bedürfnissituationen außer Betracht lassen oder sich an Produktionsmethoden höchster technischer Entwicklung orientieren. Hier zeigt sich eine für die Intellektualität, ihre Position und Wirkungsweise in unserer Gesellschaft wesentliche Spannung: das Auseinanderlaufen der technisch-ökonomischen Strukturen und der Kultur.

Die Funktion der Intellektualität kann in der Lebenssphäre des modernen

Menschen sich nur dann verdeutlichen, wenn man sie im realen soziokulturellen Zusammenhang unserer Gesellschaft sieht. Dies gilt angesichts der Divergenz des Technisch-Ökonomischen, des Kulturellen und schließlich auch des Politischen, das beide Bereiche zu ordnen versucht, in der Gegenwart noch mehr als zur Zeit August Bebels oder gar Emile Zolas. Im damaligen Frankreich orientierte sich Intellektualität, die schließlich im Verlauf des nationalen Konflikts auch von den Vertretern der reinen Staatsräson in Anspruch genommen wurde, an einer einzigen Front, an der es um ein Kernproblem der Moderne ging: um Freiheit, Recht und Würde des einzelnen Menschen gegenüber den bestimmenden Mächten, also auch des Menschen als kleinste soziale Einheit. Die Ereignisse dieses Konflikts verdeutlichen zugleich die Stufe eines Lernprozesses, durch die sich die bereits beschriebene Divergenz in das Existenzielle des Einzelmenschen hinein fortsetzt und ihm immer mehr zur Bürde wird: das Bedürfnis nach Geborgenheit in der Gruppe und die harte Pflicht, sich selbst zu verwirklichen und für seine individuellen Rechte einzutreten.

Ging es damals noch um unveräußerliche Menschenrechte gegenüber einem autoritären Staat, also um einen Anspruch, der bereits seit mehr als hundert Jahren formal anerkannt war, so zeigt die Sorge August Bebels bereits einen wesentlich differenzierteren Sachverhalt auf. Der Klassenkampf als historische Realität und als bestimmende gesellschaftliche Kraft war und ist eindeutig ökonomisch orientiert. Der Staat befindet sich bereits in einer Randsituation. Die Spannung ergibt sich aus der soziokulturellen Lebenswelt, soweit sie durch die Erfahrungen und Prägungen der Herkunft oder auch nur des gegenwärtigen Umfelds das Bewußtsein beeinflusst. Wenn der Akademiker oder Intellektuelle, der Arbeiterschaft entwachsen oder ihr aus einem anderen Milieu heraus nur zugewandt, begünstigt durch Ausbildung und Sprachgewandtheit, immer häufiger in Führungsfunktionen lokaler, regionaler und nationaler Gremien einrückte, dann bedeutete das für Bebel einen Verlust an Realität und damit eine Verzerrung des Klassenkampfes. Intellektualität war also nicht mehr so sehr der staatlichen Autorität zugewandt, sondern vielmehr wirtschaftlich orientierten Strukturproblemen einer politischen Gruppe.

Neben den soziokulturellen Zusammenhängen sind zur Bestimmung der Intellektualität natürlich auch die sich daraus zum Teil ergebenden Verhaltensdimensionen von Bedeutung. Intellektualität zeigt sich zunächst in der Suche nach einer relativ *abstrakten Wahrheit*, die weniger detaillierte Teilaspekte, sondern das Ganze, das Wesentliche eines Problems meint. Der Vorwurf der Inkompetenz gegenüber den Intellektuellen hat sich aus dem Bereich der politisch Verantwortlichen bis in die Gegenwart so zäh erhalten, weil Politik in einer offenen Industriegesellschaft es meist mit Argumentationen interessenorientierter Herkunft mit vielen Detailerfahrungen und -kenntnissen zu tun hat und Kompromisse oft nicht so sehr auf das Wesentliche, sondern auf das Erreichbare oder das, was man dafür hält, abgestellt sind.

Generelle Ziele, die auf dem Weg der Wahrheitssuche noch nicht durch das Gitter der korrigierenden Realität gegangen sind, führen, soweit man sie selbst verfolgt, zu einer weiteren Eigentümlichkeit der Intellektualität, der Selbst-Sensibilisierung, und wenn sie von außen substanziell glaubwürdig oder lediglich als politische Verpackung herangetragen wird, zur *Sensibilisierung*. Sensibilität bewirkt in der Regel Emotionalität, die auf Wirkung nach außen drängt. In ihrem Drang nach Öffentlichkeit paßt sich Intellektualität zwar den Spielregeln der Politik an, aber doch nur soweit, als die ganzheitliche Perspektive der Denk- und Handlungsziele nicht darunter leidet. Das trägt ihr oft den Vorwurf ein, die Lernfähigkeit im Hinblick auf bestehende Realitäten zu behindern.

Vernunft aus der Ganzheit kultureller Zusammenhänge mit dem Ziel der unablässigen Erkenntnis des Wesentlichen nährt in einer Umwelt der Rationalisierung – sie beruft sich schließlich auch auf die Vernunft –, der Bürokratisierung und einer hohen staatlichen und wirtschaftlichen Organisationsintensität den grundsätzlichen *Zweifel* an allem, was von sich behauptet, wahr, richtig, nützlich, notwendig oder gar wertvoll zu sein.

Intellektualität braucht die *Unabhängigkeit* des Geistes. Sie scheut die politische Abstempelung, die Gruppenzuordnung, die Interessenabhängigkeit, die Denkschablone. Wo sie eine Gruppenzugehörigkeit hinnimmt, will sie mehr Einfluß nehmen als Mehrheitsprodukte hinnehmen. Sie ist daher auch in Gruppen mit ihren Solidaritätsansprüchen nicht sehr verbreitet, wird oft als lästig empfunden; aber auch gelegentlich öffentlichkeitswirksam eingesetzt, wo dies der Gruppe nützlich erscheint.

Eine bestimmte Form oder Richtung der Aus- und Vorbildung ist nicht entscheidend für die Entwicklung von Intellektualität. So sind, wie man unschwer erkennen kann, Akademiker und Intellektuelle nicht einmal im Bereich der Geisteswissenschaften identisch. Ob es sich nun um eine Einzelerkenntnis oder um ein Bündel mehr oder weniger geordneter Erkenntnisse handelt, nicht ihre Herkunft, sondern vielmehr die Kraft der Ausdrucksmittel in der Öffentlichkeit ist entscheidend. Intellektualität ist daher vor allem *Sprachbeherrschung*, die Kunst und die Lust zu formulieren, mitten im neuen Entwurf zu neuen Ufern vorzustoßen, sie intuitiv zu umreißen, ihre neue Gestalt gedanklich im Sprachvollzug abzutasten und bei alledem den Zuschauer oder Zuhörer in den Vollzug einzubeziehen und ihm so einen erlebnisträchtigen Einblick in einen kreativen Prozeß zu vermitteln. Intellektualität ist so der Schriftstellerei und der Publizistik näher verwandt als der Wissenschaft, vor allem in einer Zeit ausgeprägter einzelwissenschaftlicher Entwicklung mit ihrer Tendenz zur sprachlichen Enge. Es gibt jedoch auch rühmliche Ausnahmen, die auch in einer komplizierteren Welt den großen Wurf wagen.

So nimmt es nicht wunder, daß sich Intellektualität in starkem Maß in den *Massenmedien* ausdrückt und hier vor allem in den Rundfunkanstalten. Da

intellektuelle Kritik schließlich auch wechselseitig Ziele sucht und findet, wird immer wieder die Frage nach der Machtausübung und dem Machtzuwachs intellektueller Akteure in den Medien erhoben, die ihrem Wesen nach einen monopolistischen Charakter aufweisen. Wäre dies nicht der Fall, so träfe sie dasselbe Los wie die Betriebe der Wirtschaft nach marxistischer Theorie. Man würde unterstellen, Machtausübung sei ebenso wichtig, wenn nicht wichtiger in diesen Institutionen als die Produktion an sich. Intellektualität hat von ihrer Herkunft her eher ein gespanntes Verhältnis zur Macht. Veränderungen sind jedoch nicht auszuschließen. Zur Zeit scheinen die Strukturen bei den Produktionsentscheidungen der Anstalten überwiegend durch wechselseitige intellektuelle Kritik geprägt zu sein und kaum durch eine Gruppenverschwörung zur Ausübung von Macht. Es ist auch nicht die Funktion der Intellektualität, sich mit der Macht zu verbrüdern, vielmehr, sie durch Analyse, Kommentar und Monita zu begleiten. Nach Dahrendorf besteht ihre Aufgabe darin, „erstarrte politische Verhältnisse aufzulockern, den Nebel der Rechtfertigungsideologien zu zerstäuben“⁶.

Bedingungen und Einwirkungen der Moderne

Wenn hier von Moderne die Rede ist, so ist die entwickelte Industriegesellschaft in Westdeutschland gemeint, die sich der Grenzen quantitativen Wachstums aufgrund der ihr eigenen Anpassungsfähigkeit zunehmend bewußt wird, bei der Beurteilung der technisch-ökonomischen Entwicklung zwischen Erlöschungshoffnung und Zukunftsängsten schwankt und das übliche Nachhinken im Bereich der geistigen Denkmodelle und in der Folge der politischen Strukturen aufweist. Neue, zum Teil unverstandene, in ihrer Wirkung unkalkulierbare Techniken sind schneller auf dem Markt, als Bewertungskriterien entwickelt werden können.

Da Intellektualität und Politik Öffentlichkeit benötigen, diese, um sich fortlaufend zu legitimieren, jene, um die Legitimität zu prüfen oder auch in Frage zu stellen, ist die Entwicklung der Kommunikation durch neue Techniken oder in deren Folge von großer Bedeutung. Zur Basis dieser Entwicklung gehört das von der modernen Industriegesellschaft bisher noch unbewältigte *Mengenproblem*. Dazu ein Beispiel: Bei aller rühmlichen Anpassungsfähigkeit, die unsere Bevölkerung im Umgang mit Benzin und Heizöl zeigt, gibt es doch Hunderttausende von Einzelfahrern, die mit ihrem Pkw zu ihrem Arbeitsplatz fahren, obwohl es öffentliche Verkehrsmittel zwischen Wohn- und Arbeitsort gibt, darunter ein hoher Anteil von Berufstätigen, die auf die ein oder zwei Stunden verweisen, welche Bus und Bahn mehr benötigen. Auf diese Stunden, so erklären die Befragten, wollen sie nicht verzichten. Natürlich ist dies angesichts unserer negativen Leistungsbilanz unvernünftig.

Der Mahner aus der staatlichen Administration, der dies bemängelt, ist sich jedoch kaum bewußt, daß sein Adressat nicht eine Gruppe, sondern der einzelne Bürger als kleinste soziale Einheit ist. Er will im Gegensatz zu seiner zeitlich verplanten Arbeitskraft in seinem anderen Leben, der Freizeit, nicht auf eine Stunde frei verfügbarer Zeit verzichten, die er als Benutzer eines öffentlichen Verkehrsmittels dem Bereich jenseits des privaten Lebens und damit dem Reich der Zwänge einer ökonomischen Organisationsstruktur zuordnet. Der Einzelmensch als kleinste soziale Einheit aber benötigt in steigendem Maß die eigenständige Verfügung über diese Zeit, wie er sie auch immer nutzen mag, vor allem seit die Begrenztheit der Lebensumwelt nicht mehr durch Dorf oder Stadt gekennzeichnet ist, sondern durch unmittelbare *Interaktion*.

Die Art, in der wir wohnen, reisen, Medien in Anspruch nehmen, hat aber auch die Zahl unserer zwischenmenschlichen Beziehungen erheblich gesteigert. Die Informationen, die dabei ausgetauscht werden, sind meist widersprüchlich, interessendurchsetzt und im Hinblick auf die Autorität von Sache und Person fragwürdig. Soweit es sich um politische und gesellschaftliche Zielvorstellungen und Interpretationen handelt, zwingen Parteien und Interessenverbände selbst die variabelsten und kompliziertesten Sachverhalte in angeblich publikumsgeeignete Schablonen, die kontradiktorisch auf den Markt der Meinungen gebracht werden. Hier hat die Moderne offenbar ein Feld der Übung und Bewährung geschaffen, auf dem Spannungen und Konflikte zwischen politischem Pragmatismus und kritischer Intellektualität ausgetragen werden müssen.

Die Industriegesellschaft von heute ist in allen ihren Bereichen der *Planung* unterworfen. Selbst durch Struktur und Bemessung des Kindergelds äugt der Planungsseiferer in den menschlichen Intimbereich hinein und legitimiert beides mit Argumenten wie „Generationenausgleich“, „schlechte Prognosen der Bevölkerungsstatistik“ und Gefahren durch „Mangel an qualifiziertem Nachwuchs“. Die Wirtschaft plant, wie bereits dargestellt, einen angenommenen Bedarf bis zum Jahr 2000, Regierungen planen Kanäle über Fristen von zehn und mehr Jahren. Gelder werden lockergemacht, neue Produkte entwickelt, manchmal marktgerecht und bedürfnisorientiert, gelegentlich aber auch aus einer eigenbestimmten, ziemlich isolierten technischen Logik.

Der Planungscharakter unserer Gesellschaft beeinflußt den gesamten durch Bewußtheit geprägten Lebensverlauf ihrer Bürger. Von frühen Kindheitsjahren an wird der Industriemensch einem recht radikalen System von Leistungsbewertungen und Entscheidungszwängen ausgesetzt. Vor allem die Übergänge in der Hierarchie der Systeme, die schon in der Kindheit wie in einem Rangierbahnhof über „Stop“ oder „Go“ für künftige Lebenschancen und Statusansprüche entscheiden, machen durch ihre Belastung die Kosten deutlich für jene Massenproduktion, die uns zumindest materiell zu einer Gesellschaft im Chor der reichen Nationen macht.

Diese Art von Zukunftsorientierung hat aber auch immer wieder *Aussteiger* produziert, deren Bedeutung vielleicht weniger in ihrer eigenen Existenz lag, sondern mehr in der wenigstens in Teilen erfolgreichen Provokation von Nachdenklichkeit in unserer Gesellschaft. Um wieviel schwerer aber haben es erst jene, die in einer so orientierten Leistungsgesellschaft zum Aussteigen gezwungen sind. Vor allem wird in der Öffentlichkeit viel zu wenig ernst genommen, daß die Zahl der jugendlichen *Arbeitslosen* bis zum 20. Lebensjahr im Mai 1980 noch 55 310, im September 1980 bereits 81 055 betrug und bis Ende August 1981 auf 130 815, das heißt, in einem Jahr um 61,4% stieg⁷. Warum orientiert sich kritische Intellektualität so sehr am Ergebnis gesellschaftlicher Prozesse, also an der offenen Krise, und so selten an den Marksteinen auf dem möglichen Weg dorthin? Die Hoffnungslosigkeit von 130 000 Jugendlichen läßt sie doch an jener sinnerfüllten Existenz zweifeln, die so sehr das Anliegen der Wahrheitssucher ist.

Die Krise des Selbstwertgefühls

Krisen und Einbrüche im Bereich des Selbstwertgefühls erleben nicht nur Jugendliche aus einsichtigen Gründen. Der moderne Mensch ist ihnen ständig ausgesetzt. Wenn heute in der Öffentlichkeit im Hinblick auf die Jugend sehr voreilig von Subkulturen gesprochen wird, so verweist diese irrige Bezeichnung auf einen typischen Sachverhalt der modernen Gesellschaft, die vorrangige Suche nach Identifikation in der eigenen Generation durch den Austausch gleicher oder ähnlicher Erfahrungen. Dieser ist natürlich um so problematischer, je geringer der Erfahrungsschatz ist. Im Kern aber trifft diese Feststellung auf jede Generation zu. Vor Beginn der Moderne und natürlich teilweise noch bis in diese Epoche hinein orientierte sich der Mensch vorwiegend an Herkunftsfamilie, Stand und meist tradiertem Beruf. In dem Dorf, in dem ich aufwuchs, fragte man ein unbekanntes Kind nicht: „Wie heißt du?“, sondern: „Wem gehörst du?“ Hier wird in der Sprache das Phänomen deutlich, wie sich das Selbstverständnis des Menschen noch an Überlieferung und historisch gewachsener Autorität orientiert, wohingegen heute fast jeder antworten würde, was er ist und wer er ist, sei vor allem auf das eigene Selbst zurückzuführen. Dazu aber benötigt man vorwiegend Korrekturen und Bestätigungen aus der eigenen Generation.

Doch hier ergeben sich neue Schwierigkeiten, die auf der immer noch steigenden Rollendifferenzierung in der Industriegesellschaft beruhen. Nicht nur, daß die Rollen, in denen der einzelne Mensch lebt, längst nicht mehr unter ein Dach zu bringen sind, auch das Rollenangebot in einzelnen Rollensegmenten führt zu einer zunehmenden Differenzierung und je gesondert zu einer Verengung des Erfahrungshorizonts. So zählen die hochentwickelten Industrienationen rund 20 000 verschiedene Berufe, darunter allein 900, denen das Attribut der Intelligenz

zugeordnet wird. Bei fortschreitender Arbeitsteilung und steigender Routine in den meisten Berufen sucht der moderne Mensch das schon eingangs erwähnte andere Leben in der Zeit, über die er selbst bestimmt. Neben der Familie, die dadurch nicht selten wegen zu hoher Erwartungen überlastet wird, dient das farbige Spektrum der Vereine der Ausfüllung des Identifikationsvakuums. Unter ihnen haben vor allem in der jungen Generation Traditionsvereine die geringsten Nachwuchssorgen und den größten Anteil an Aktivitas aufzuweisen. Für viele aber trägt diese Entwicklung typische Kennzeichen einer Flucht vor der inneren Anerkenntnis des Neuen, wodurch das Auseinanderdriften von Kultur und technischer Moderne eher gefördert wird.

So wird eines der Hauptprobleme des modernen Menschen deutlich, das Menschsein als eine ganzheitliche Lebensperspektive zu erkennen und die daraus gewonnenen Einsichten auf die eigenen Lebensbedingungen und -ziele zu beziehen. Der amerikanische Soziologe Daniel Bell meint hierzu: „Die betonte Orientierung an der Zukunft im Sinne sozialer wie auch individueller Planung – und der Widerstand gegen diese neue Orientierung mit ihren neuen Formen von Zwängen – ist eine neue Dimension unserer gesellschaftlichen Erfahrung.“⁸

Der dabei auftretende Zwiespalt sensibilisiert nach Auffassung von Bell den modernen Menschen vor allem für die „Unmittelbarkeit, Wirkung, Sensation und Gleichzeitigkeit“ des Geschehens. Man darf jedoch nicht übersehen, daß diese Sensibilisierung auch auf ein teilweise verselbständigtes medientechnisches Angebot zurückgeht, das sehr behend Wahrheit und Realität gleichsetzt und diese mit einer Auswahl von Geschehnissen, die beim Rezipienten den Eindruck von Zeugenschaft und unmittelbarer Urteilsfähigkeit vermitteln. Die Krise des Selbstwertgefühls ist unverkennbar einer der Hauptansatzpunkte der Intellektualität. Sie ist hier auf die erkennbaren Quellen der Entmutigung, des Rückzugs und des Privatismus gerichtet, der deutliche Fluchtbewegungen und trügerische Zufluchtsorte weg von den dringlich zu bewältigenden gesellschaftlichen Problemen zu kultivieren droht.

Die politische Ordnung als kritisierbares Artefakt

Die wichtigste Frage, die an jede politische Ordnung zu richten ist, betrifft ihre Glaubwürdigkeit und damit ihre politische *Legitimität*. S. M. Lipset schreibt hierzu: „Legitimität beinhaltet die Fähigkeit des Systems, den Glauben hervorzubringen und aufrechtzuerhalten, die bestehenden politischen Institutionen seien die für die Gesellschaft angemessensten. Das Ausmaß, in dem demokratische politische Systeme unserer Zeit legitim sind, ist weitgehend abhängig von den Methoden, die gefunden worden sind, um die Kernfragen, welche die Gesellschaft historisch gespalten haben, zu lösen.“⁹

Legitimität ist ein Wertbegriff. Sie bietet daher einen nützlichen Rahmen für speziellere Ansatzpunkte kritischer Intellektualität gegenüber der Politik. Ist und Soll ihrer Funktion in der deutschen Öffentlichkeit muß sich dabei an dem Zustandsbild des politischen Systems ebenso orientieren wie an dem ihrer eigenen Träger und hier vor allem ihrer Verhaltensdimensionen. Da die politisch relevanten Gruppen, das heißt die Parteien und Verbände, ungeachtet ihrer Rivalität im einzelnen in ihrer überwältigenden Mehrheit die bestehenden politischen Institutionen bejahen, gibt es zwischen den großen Organisationen und dem politischen System im äußeren Erscheinungsbild keine nennenswerte Diskrepanz. Eine Diskrepanz zeigt sich mehr in allgemeinpolitisch intendierten Bürgerinitiativen, in den radikaleren Minderheitsgruppen der Koalitionsparteien, an der Basis schwer abzugrenzen, aber doch mit größeren Anteilen als in den Spitzenorganen und in den Fraktionen. Stärkere Diskrepanzen zeigen sich auch bei Teilen der zahlenmäßig nicht sehr bedeutsamen Jugendorganisationen der Parteien und bei Teilen der freien Jugendorganisationen, die allerdings an Umfang im Vergleich zu den 50er Jahren stark reduziert sind und auch an Organisationsintensität verloren haben, dafür aber aktuell leichter zu sensibilisieren sind. Dies gilt vor allem für große Teile der konfessionellen Jugendverbände, hier zum Teil als Äquivalent für eine in Sprache und Ritual nicht mehr ganz befriedigend kommunikationsfähige Glaubensverkündigung. In den großen Organisationen wird mit der Macht nicht gerade zimperlich umgegangen. Geduld und Überzeugungswille gehören zur Zeit nicht zu den aktuellen Tugenden. Dies liegt jedoch kaum am politischen System selbst als vielmehr an den Mengenverhältnissen der konkurrierenden politischen Parteien innerhalb des Systems, die ein relativ immobiler Wählerwille fast unfähig macht zur Entwicklung von Alternativen.

So begegnet den für die weitere Entwicklung der modernen Industriegesellschaft geradezu bestürzenden technisch-ökonomischen Entwicklungen aus dem Bereich der politisch Verantwortlichen kaum eine Frage, was dies für Konsequenzen hat für die Regulative der Politik. Natürlich nimmt man die Entwicklung im Bereich der Kommunikationstechnik im Hinblick auf die Massenmedien ernst. Aber die Art und Weise, wie man darüber diskutiert, läßt eigentlich nur den Schluß zu, daß es sich hier um die Erhaltung oder um die Erringung von Machtpositionen handelt. Dabei ist dieser Eindruck vielleicht sogar falsch. Kaum jemand aber stellt die Frage, welche Konsequenzen sich aus den bereits in Produktion befindlichen Techniken für die Marktmechanismen und für die Entscheidungswege und -methoden der Regierungen und deren demokratische Legitimation ergeben.

Die Sache und die Sprache

Verbündet sich, wie dies nach wie vor die Überlebensregel ist, die Intellektualität nicht mit der Macht, so ist die Sprache ihr wichtigstes Mittel. Also hat sie es auch vorwiegend mit der aktuellen Sprache der Politik zu tun. Man kann nicht gerade sagen, es handle sich nicht um einen erfolgversprechenden Markt. Hier werden zur Zeit stark reduzierte Worthülsen angeboten, in denen der jeweilige Gegner herumstochert, könnte sich doch die eine oder andere Hülse als leer oder als vom Inhalt her nicht oder nur teilweise konform mit der äußeren Anpreisung erweisen. Die apodiktische Form mit ihrem Mangel an Begründung und an Klärung der Zusammenhänge bietet viele Angriffsflächen. Jeder spricht nur noch für sich und selten mit dem anderen.

Und noch ein weiterer Punkt macht selbst in der Sache richtige Aussagen durch vorschnelle Effekthascherei im einzelnen unglaublich. Als Maßstab mag hier, um niemandem Unrecht zu tun, eine Aussage von Josef Pieper in seinem Buch „Mißbrauch der Sprache – Mißbrauch der Macht“ dienen: „Wer zu einem andern spricht, und zwar, wie wir jetzt annehmen, nicht in arglos-spontanem Redefluß, sondern in bewußter Handhabung des Wortes – wer so redet und sich dabei ausdrücklich nicht um Wahrheit kümmert, wem es also auf etwas anderes ankommt als auf Wahrheit, der betrachtet wirklich, von da an, den andern nicht mehr als Partner; er respektiert ihn eigentlich nicht mehr als menschliche Person; genaugenommen findet, von da an, überhaupt kein Gespräch mehr statt, kein Dialog, kein Miteinanderreden.“¹⁰

Mit Recht bezieht Pieper die Frage nach der Wahrheit einer Aussage auf die Adressaten. Es ist typisch für diesen Vorgang, daß Aussagen aus dem Bereich der verantwortlichen Politiker, die Ergebnisse korrelativer Effekte von Sprache und Denken sind, auf dem Weg in die Öffentlichkeit oft sogar mehrfach durch ein Kompatibilitätsraster gejagt werden, das sie für das Publikum „verträglich“ machen soll, wenn nicht schon vorher in den Kabinetten, Referentenkonferenzen, Vorständen und Pressestellen auf dem Weg des Kompromisses das Wort den Platz des Gedankens okkupiert und so nur eine Leerformel herauskommt, die alles und nichts bedeuten kann. Hinter alledem die Wahrheit, ja überhaupt die Realitäten aufzudecken, verlangt schon eine ganz besondere Intellektualität. Nun ist dieser Vorgang zwar nicht die Regel, die Ausnahmen sind aber verständlicherweise manchmal die lebens- und überlebenswichtigsten.

Ein besonders eklatantes Beispiel bietet hierfür die gegenwärtige und im Grund nie aufhörende Diskussion um die Erhaltung des Friedens, die sich in einer ersten Welle öffentlicher Erregung organisiert hat. Bedenkt man, daß auf unser aller Leben ständig Raketen mit Atomsprengköpfen gerichtet sind, so ist das lange Schweigen erstaunlicher als die derzeitigen Demonstrationen. Woraus ergibt sich außer diesem jederzeit erkennbaren Anlaß die Resonanz? Wer die Argumente

führender Politiker in den Massenmedien verfolgt und sich – was natürlich ständig empfunden unerträglich wäre – wenigstens aktuell der tatsächlichen Bedrohung bewußt wird, der gewinnt den Eindruck, als spreche man über Rüstung wie über den Butterberg oder den Fernstraßenbau. Wo bleiben eigentlich die selbstverständlichen und oft zu wiederholenden Bekundungen, daß Rüstungsgleichgewicht, selbst wenn es nachweislich wesentlich zur Erhaltung des Friedens beigetragen hat und beiträgt, auf diesem Niveau und bei solcher Qualität dennoch ein höchst bedauerliches Übel ist?

Sprachlich geht auch die Veröffentlichung der Bundesregierung zur Friedenspolitik vom Juni 1981 auf den bestehenden Zustand nur durch die Gegenüberstellung des Rüstungspotentials und seiner Folgen für Gleichgewicht und Frieden ein. Angst und Sorge als grundlegende Realitäten und in der Folge Trauer und Bedauern über das, was getan werden muß, soll oder kann, fehlen in dieser Argumentation. Hat die Aktivitas in der Politik an Sensibilität eingebüßt? Weiß sie nicht, daß nur durch offenes Erkennen und durch Annahme Ängste überwunden werden können? Interessant ist in dieser Broschüre auch der umfangreiche Abschnitt „Einwände – Argumente“. Nicht nur umfassen die Einwände nur wenige Zeilen und die Argumente mehrere Abschnitte, es fehlen auch die Einwände der „Basis“ völlig. Sind Einwände aus Annoncen, Plakaten und Transparenten eigentlich keine Antwort wert? Ist die Politik der Straße – man erinnere sich der dreißiger Jahre – nicht ebenso ernst zu nehmen wie die parlamentarische Diskussion, wenn es um die Legitimität politischer Aussagen geht?¹¹

Zur Funktion der Intellektualität

Hält man diese Skizze politischer Zustände für richtig, so stellt sich die Frage, wie Intellektualität nach Ziel und Methode sich diesem Bild stellt und wie sie sich stellen könnte. Bei aller Differenziertheit ihrer Träger werden doch einige Tendenzen deutlich. In nicht unbeträchtlichem Umfang wird die Distanz zur Macht aufgegeben, Intellektualität verfügbar gemacht und mit den politischen Kräften verbunden. Sie ordnet sich politischen Zwecken unter, wobei durchaus Empfindungen und Erfahrungen der ungebundenen Vergangenheit weiter kultiviert werden, aber im Sinn einer politischen Zielorientierung. Dies ist sicher für interne Willensbildungsprozesse nützlich und hilfreich, in den veröffentlichten Endprodukten aber kaum noch erkennbar und nur dann zu vermeiden, wenn von einer Identifikation mit der politischen Gruppe ganz oder graduell abgesehen wird.

Daneben wirkt jene Intellektualität, die sich unter Wahrung einer institutionellen Unabhängigkeit der „Vierten Gewalt“, der Massenmedien, bedient, die man bei genauerem Hinschauen nur deshalb so nennt, weil weithin Unbegriffenes

zwangsläufig Abwehrreaktionen hervorruft. So gesehen beschränkt sie sich auf den kleinen Kreis der Kommentatoren und meint weniger die Redakteure, die hierarchie- oder/und teamgebunden mehr prinzipiell als substantiell verantwortlich sind. Das schließt nicht aus, daß Kommentare sich der institutionellen Forderung nach Ausgewogenheit beugen, welche die Politik den Monopolinstitutionen des Rundfunks und des Fernsehens auf so ungeniale Weise vorgegeben hat. Behindert eine solche Verbeugung die Wahrheitssuche, so hat ein so entstandenes Produkt menschlichen Geistes nur noch mit sprachlicher Ästhetik und kaum noch etwas mit Intellektualität zu tun.

Eine weitere Strömung der Intellektualität zeigt sich in einer institutionell zwar ungebundenen, dafür aber emotional motivierten „Hofpoesie“, was hier nicht, wie in Werner Höfers Frühschoppen, im abwertenden Sinn gemeint ist. Warum sollte Intellektualität nicht auch Sympathien entwickeln? Ein Prototyp dieser Provenienz ist Siegfried Lenz' „Wahlvorschlag: Helmut Schmidt“, ein gekonntes Produkt eines Schriftstellers, der – leider – sein Publikum besser kennt als die Politiker¹².

Eine der ältesten Erscheinungsformen unseres Untersuchungsgegenstands ist das Mißbehagen an allem, was unser Leben und unsere Gesellschaft ausmacht, meist in der Form einer quasi fundamentalistischen Kulturkritik. Hier wird Intellektualität ideologieträchtig. Die damit einhergehende Realitätsferne macht es den Realitätsgläubigen leicht und verstärkt daher eher einen sinnentleerten Pragmatismus. Sie bewegt aber Teile der jungen Generation, die in einer gewissen Realitätsferne lebt und daher ideologische Zukunftsmodelle leichter und unkritischer aufnimmt.

Mängel und Lehren

Der letztgenannte Prototyp im Bereich der intellektuellen Kritiker hat es bei dem notwendigen Kompromiß zwischen Distanz und Engagement ziemlich leicht – oder soll man sagen unziemlich? Er orientiert sich im Grund an seinem verletzten Selbst. Die eingangs erwähnte Differenz von kultureller und ökonomisch-technologischer Entwicklung beeinflußt dieses Verhältnis. Die Wahrheitssuche hat jedoch nach meiner Beobachtung eine ihrer Möglichkeiten fast völlig verloren, wenn sie wirksam sein will: Die naive Betrachtung und Wertung der Dinge. Die „Macher“ decken einen solchen Versuch mit ausgewählten Fakten zu, die sich allzu leicht auch noch jeder Kontrolle entziehen. Die Suche nach dem, was dem Menschen wirklich nützt, seine Glückschancen mehrt, ihn vom Privatismus des „Was kümmert's mich“ abhält und einen sinnerfüllten Zukunftsglauben stärkt, im Bereich der politischen Programme und hinter den öffentlichen Parolen, wird nach wie vor eine wichtige Funktion der Intellektualität bleiben. Die Auswahl der

kritisierten Objekte im Sinn einer größeren Realitätsnähe und die Methoden der Kritik sowie deren Institutionalisierung bedürfen einer Korrektur.

Wählerinitiativen sind die erste Stufe einer Institutionalisierung der Intellektualität. Das wäre kaum zu kritisieren, wenn Intellektualität sich mit der unverzichtbaren und unbestechlichen Unabhängigkeit auch zwischen Wahlgängen politischen und gesellschaftlichen Problemen zuwenden würde. Wo bleibt die Meinungsäußerung intellektueller Träger von SPD-Wählerinitiativen in der belastenden Spannung zwischen NATO-Doppelbeschluß und radikalen Friedensinitiativen? So macht das Schweigen aus einem kritischen Anliegen eine politische Klientel.

Die Politik unserer Tage ähnelt in ihren vielen Bindungen und Abhängigkeiten ein wenig Jonathan Swifts „Gulliver“. Die Intellektualität aber ist nicht dazu da, sich daneben zu legen und sich den gleichen Bindungen zu unterwerfen, sondern eher, die Pflöcke zu lockern und diejenigen ins Auge zu fassen, die sie eingeschlagen haben einschließlich ihrer Motive. Das heißt, in einer schwierigen und in vieler Hinsicht neuartigen Weltlage, die mehr als Erfahrung neues Denken notwendig macht, kann Intellektualität hilfreich sein, wenn sie mehr als bisher auf Distanz achtet und der eigenen Urteilsfähigkeit vertraut.

Eine Festigung des eigenen Standorts macht es möglich, Kritik nicht auf die Spur einer starren Richtantenne zu setzen, sondern Rundumsicht und damit einen weiteren Horizont zu gewinnen. Angesichts der unproduktiv-starren politischen Fronten in der Bundesrepublik vermag Intellektualität nicht wenig zu deren Entkrampfung beizutragen, indem sie Ziele wieder auf das Ursprüngliche ihrer Ausgangsanliegen und auf das Wesentliche zurückführt. Die starren Fronten sind vernagelt mit Bekenntnissen. Da bekennt man sich zur sozialen Marktwirtschaft, zur Rüstungskontrolle, zur europäischen Einigung und zu den Menschenrechten. Zur Mangelware aber gehören Erkenntnisse. Nicht, daß es uns noch gelingen könnte, durch intellektuelle Kritik die Ganzheit dieser Welt interpretierend allgemein akzeptierbar zu machen; es können jedoch Perspektiven, die auf simple menschliche Notstände im Gestrüpp bürokratisierter Organisationsformen abheben, auf der Basis realitätsnaher Analysen sinnvoll, ja sinngesetzt wirken. Dies geht natürlich nicht ohne eine sorgfältigere Reflexion wesentlicher Sachverhalte. Intellektualität wird nicht dadurch bedeutsam oder gar aufgewertet, daß ein Wortgewaltiger außerhalb seines beruflichen Metiers als Intellektueller über Intellektuelle eine so unreflektierte Aussage macht wie Max Frisch 1977: „Ich kann mir nicht denken, daß Politik ohne die lästige Assistenz der Intellektuellen eine historische Chance hat.“¹³

Intellektuelle als Voraussetzung zivilisierten Überlebens ist ein Rückgriff auf Argumentationen zu Zeiten Zolas. Intellektualität ist nicht dem Geist schlechthin gleichzusetzen. Vielmehr ist es zur Entwicklung ihrer Funktion in unserer Zeit erforderlich, daß relativ naive Betrachtungsweisen und Aussagen durch eine an

Fakten orientierte Argumentation ersetzt werden. Gemeint sind hier nicht in erster Linie etwa volkswirtschaftliche Daten oder gar weltpolitische Zusammenhänge. Wo sie sich in der Wechselwirkung von Politik und Intellektualität überschneiden, wenn auch vielleicht nicht übereinstimmend interpretiert, kann dies nicht schaden.

Intellektualität aber sollte vorwiegend auf das Schicksal des Einzelmenschen abstellen, seine Ängste, seine Gedanken über die Machtinhaber, seine Verstrickung in bürokratisch-organisatorische Prozesse, aber auch seine Fehleinschätzungen, sein Verhalten zum Nachteil anderer. Das heißt, Adressat der Intellektualität sollte heute nach den Inhabern der Macht auch der Bürger selbst sein, kann sich doch in einer offenen Gesellschaft ohne sein Mitdenken und verantwortliches Mithandeln kein Erneuerungsprozeß vollziehen oder auch nur anbahnen. Gerade dieser Vorgang aber ist an wertbezogene Begründungen gebunden. Allerdings genügt es nicht, so interpretierbare und abstrahierte Begriffe wie „Frieden“ und „Freiheit“ ins Feld zu führen, sondern auch zu konkretisieren, was man darunter versteht. Nur so kann verhindert werden, daß die Orientierungs- und Hoffnungslosigkeit, die in der modernen Gesellschaft immer existent ist, wächst, und zwar in der Weise, wie es der jiddische Nobelpreisträger Isaac Bashevis Singer kürzlich in einem Fernsehinterview ausdrückte¹⁴: „Wenn die Menschen spüren, daß die Werte, an die sie glauben, nichts mehr bedeuten, so verliert für sie das Leben seinen Sinn.“

ANMERKUNGEN

¹ H. Schelsky, Die Arbeit tun die anderen (Opladen ²1975) 77.

² D. Bering, Die Intellektuellen, Geschichte eines Schimpfwortes (Stuttgart 1978).

³ Kant, Werkausgabe (Suhrkamp) Bd. 5, 31 ff.

⁴ Bering, a.a.O. 46 ff.

⁵ Parteitageprotokolle SPD, 1903, 225.

⁶ R. Dahrendorf, Gesellschaft und Demokratie in Deutschland (München 1974) 312.

⁷ Tel. Auskunft, BA f. Arbeit, Stat. Abt.

⁸ D. Bell, Die Zukunft der westlichen Welt (Frankfurt 1976) 115.

⁹ S. M. Lipset, Political Man (Garden City N. Y. 1960) 77.

¹⁰ J. Pieper, Mißbrauch der Sprache – Mißbrauch der Macht (Zürich 1970) 22.

¹¹ Bundesregierung, Aspekte der Friedenspolitik (1981) 23 ff.

¹² Sozialdem. Wählerinitiative, Siegfried Lenz, Wahlvorschlag: Helmut Schmidt (1980).

¹³ G. Höhler, Gesinnungskonkurrenz der Intellektuellen (interfrom 20).

¹⁴ Singer in ARD, 1. Progr. 10. 9. 81, 23.15 h.